

bon zeigt, führte bereits das relativ kleine Bergwerk von Salices el Chico zu grenzüberschreitender Belastung, berichtet Suchanek weiter. So habe der Bergwerksbetrieb den durch Spanien und Portugal fließenden und in den Rio Douro mündenden Fluss Águeda radioaktiv belastet. Vor allem aber der Bruch eines Abraumdammes im Juni 2007 habe große Mengen radioaktiven Materials in den Águeda geschwemmt und den Rio Douro erreicht. Ob im Tage- oder Untertagebau: jegliche Uran-

ausbeutung habe Umweltschäden zur Folge, so die Lissabonner Umweltingenieurin Cláudia Derboven Sequeira.

Trotz der durch Spanien bereits verursachten und nun drohenden zusätzlichen radioaktiven Belastung verhält sich die Regierung Portugals bislang zurückhaltend, erklärt Suchanek. Sie stehe dem Uranbergbau positiv gegenüber, obwohl das Land selbst mit den Hinterlassenschaften eigener Bergwerke zu kämpfen hat. Denn auch in Portugal

gibt es noch zu hebende Uranvorkommen, vor allem in der Region des Alto Alentejo.

2008 machte die rund 3.600 Einwohner zählende und auf rund sechs Millionen Tonnen Uranerz sitzende Stadt Nisa der portugiesischen Atom-Lobby dem Bericht zufolge einen Strich durch die Rechnung. Nisas Bürger und Stadtrat sprachen sich unmissverständlich gegen den Abbau des strahlenden Bodenschatzes aus. Stadt und Gemeinde würden sich Uranbergbauplä-

nen von Regierung und Nuklearindustrie entgegenstellen. Die lokale Wirtschaft basiere auf der historisch reichhaltigen Kulturlandschaft und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen wie dem berühmten Schaf- und Ziegenmilchkäse von Nisa und seinen Thermalquellen. „Radioaktiver Uranbergbau lässt sich kaum mit einer qualitativvollen, zertifizierten Nahrungsmittelproduktion und Gesundheits- und Kulturtourismus vereinbaren“, wird Stadtratspräsidentin Gabriela Tsukamoto zitiert. ●

Energiewirtschaft

Europas größte Energiekonzerne Eon und RWE wenden sich von der Energiewende ab

Mitte März 2018 überraschten Europas derzeit größte Energiekonzerne die deutsche Öffentlichkeit: RWE und E.ON wollen sich ihre Geschäfte aufteilen, den Versorger Innogy zerschlagen und ein „Witwen- und Waisenpapier“ sowie eine „Zockeraktie“ schaffen. Für die deutsche Energielandschaft ist das eine falsche Weichenstellung, konstatiert Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Chair der Energy Watch Group (EWG), in einem Gastkommentar der Zeitschrift Capital vom 15. März 2018.

Die Energiekonzerne Eon und RWE haben sich überraschend zusammengetan und schieben die verschiedenen Bereiche so hin und her, dass im Ergebnis ein Netzriese (Eon) und ein Produktionsriese (RWE) entstehen. Die RWE-Ausgründung Innogy, die erst vor zwei Jahren mit großem Aufwand als zukunftsweisendes Ökostrom-Unternehmen gegründet und an die Börse gebracht wurde, soll aufgelöst werden. Indem sich die Unternehmen zusam-

mentun, gewinnen sie kurzfristig mehr Marktmacht. Das mag Anleger freuen. Die Gewerkschaften jubeln auch, obwohl 5.000 Stellen abgebaut werden sollen. Aber die IG BCE zeigt sich schon seit Jahren als stärkster Kohle-Lobbyverband und scheint sich zu freuen, dass das kurze Energiewende-Zwischenspiel der Konzerne nun sein Ende gefunden hat, stellt Kemfert fest.

Mit Innogy verschwinden vollmundige Ambitionen der beiden Konzerne, den Markt der erneuerbaren Energien in Angriff zu nehmen. Das passe dazu, dass auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD von Klimaschutz und Energiewende nicht mehr ernsthaft die Rede ist, meint Kemfert. Es mag Zufall sein, dass die Unterschrift unter die GroKo-Vereinbarung und die Bekanntgabe des Ausstiegs vom Ausstieg seitens der Konzerne in dieselbe Woche fielen, doch der Zeitgeist sei zweifelsohne derselbe.

Der neue Energieminister Peter Altmaier (CDU) erklärte gleich bei der Verkündung des

Mega-Deals, dass er sich über diese Entscheidung freue. Er werde alles tun, um die Energieriesen zu unterstützen. Die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze kommt aus Nordrhein-Westfalen und ist Mitglied bei der IG BCE. Statt Kohle- und Diesel-Ausstieg werden die erneuerbaren Energien weiter ausgebremst und das Klimaziel auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, fürchtet Kemfert. Stattdessen gebe es für die neu herausgeputzten Energiebräute attraktive Kohleabwrackprämien und sonstige Vergünstigungen für den Netzausbau. Das alles gehe zu Lasten der Umwelt und auch zu Lasten der Bürger, die direkt oder indirekt die steigenden Kosten für Energieversorgung, Gesundheit und die Folgen des Klimawandels bezahlen müssten.

Das alles gehe aber auch zu Lasten der Wirtschaft. Das weltweite Klimaabkommen zwingt uns, die Emissionen zu senken, erklärt Kemfert. Früher oder später werde die Energiewende unvermeidlich. Je länger man warte, desto teurer werde es. Die Politik versäume es, endlich konkrete Gesetze zu formulieren, die der Wirtschaft die Richtung weisen und Sicherheit für ihre Entscheidungen geben. So würden immer wieder notwendige Investitionen in er-

neuerbare Energien und Klimaschutztechnologien in eine unbekannt Zukunft verschoben. Das gefährde Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn vor allem die Chinesen zögen inzwischen locker an der deutschen Industrie vorbei und erschlossen sich nicht nur wertvolle Rohstoff-, sondern auch wichtige Absatzmärkte für erneuerbare Energien und Elektromobilität rund um den Globus. In der deutschen Wirtschaft werde wieder der Rückwärtsgang eingelegt.

Noch vor zwei Jahren hatten Eon und RWE mit der damaligen Neuaufstellung angekündigt, dass sie sich auf die großen Chancen der Energiewende einstellen wollten. Das kam spät, aber noch rechtzeitig, um endlich das große und notwendige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziel der Energiewende in die Tat umzusetzen, meint Kemfert. Die jetzigen Fusionspläne seien deshalb keine gute Nachricht.

RWE habe noch nie ernsthafte Geschäftsmodelle für erneuerbare Energien entwickelt und sich zuletzt auf das klassische Kohle- und Atomgeschäft konzentriert. Selbst die grüne Tochter Innogy war von Anfang an aufgrund schwacher Geschäftsmodelle kaum lebensfähig,

stellt Kemfert fest. Eon habe sich da glaubwürdiger aufgestellt und die herkömmlichen Energien an die Tochter Uniper ausgelagert, die stabil genug für ein eigenständiges Überleben sei, aber wohl demnächst vom finnischen Konzern Fortum übernommen werde.

Der jetzige Verkauf der erneuerbaren Energien von Eon an RWE sei deshalb überraschend und langfristig sicher ein Fehler, meint Kemfert. Die Stromnetze mögen aufgrund von Traumrenditen über kurz oder lang zu stabilen Profiten führen; doch mittel- bis langfristig lägen die Chancen woanders: Wenn endlich die politischen Hemmnisse der Energiewende wegfallen, werden dezentrale erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität einen Boom erleben. Hier hatte Eon bisher erfolgsversprechende Geschäftsmodelle für die zukünftige Energiewende begonnen. Diese nun aufzugeben zeige, dass man weder bei RWE noch bei Eon verstehe, was die Stunde geschlagen hat. Aufgrund der Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft werde auch Gas im kommenden Jahrzehnt mehr und mehr zum Auslaufmodell, genau wie Kohle und Atomenergie schon heute. RWE betreibe zum größten Teil Kohle- und Atomkraftwerke, beides habe keine Zukunft.

Der notwendige Kulturwandel ist in den alten Strukturen der Konzerne offenbar nicht zu schaffen, stellt Kemfert fest. Dass Eon sich nun aufs schnelle Netzgeschäft zurückzieht, schein eine reine Verzweiflungstat. Die Energieriesen könnten nur groß. Die Energiewende aber sei kleinteilig, dezentral, innovativ und flexibel. Dafür brauche man andere Ideen, andere Strukturen und vor allem andere Manager. Die Musik der Zukunft spiele längst jenseits der Konzerne. Die echten Ökostromanbieter müssten sich wegen eines härteren Wettbewerbs

wenig Sorgen machen. Die beiden Großkonzerne konzentrieren sich jetzt offenbar wieder auf konventionelle Energiestrukturen. Mit der Megafusion wollen sie die Uhr ein letztes Mal zurückdrehen. Doch die Zeit der Energieriesen sei abgelaufen.

Die Geschichte von Innogy ist ein Desaster für die Atommüll-Politik der Bundesregierung

Die Zerschlagung von Innogy ist gleichzeitig ein Atomkosten-Desaster, RWE hat die Politik bei den Atom-Folgekosten ausgetrickst, zahlen muss die Allgemeinheit, stellt zudem Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt fest.

Vor zwei Jahren, als es um die Finanzierung der Folgekosten der Atomkraft ging, hieß es immer, RWE könne nur begrenzt haften, da der Konzern sonst pleitegehen würde, erinnert Stay. „Damals haben wir der Atomfinanz-Kommission vorgeschlagen, Teile von RWE an andere Energieversorger zu verkaufen, um mehr Geld für die Atommüll-Lagerung bereithalten zu können. Das wurde als nicht durchführbar abgelehnt. Jetzt, etwa ein Jahr nachdem sich RWE mit einer geringen Einmalzahlung aus der Atom-Haftung freigekauft hat, werden große Teile der Konzerntochter Innogy verkauft. Doch das Geld kommt nicht dem Atommüll-Fonds zugute, sondern den Anteilseignern des Unternehmens.“ Wenn sich nun in einigen Jahren oder Jahrzehnten herausstellt, dass die Atommüll-Lagerung doch deutlich teurer wird und das Geld im Fonds nicht ausreicht, müssen die Steuerzahler haften und nicht mehr die Verursacher des strahlenden Erbes. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 82,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.
Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.)

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), Roman Heeren, B.Sc., eMail: emf@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka †, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 82,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 8,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2018 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288